

Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Bürgerschaft

Niederschrift

Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 24.09.2019
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:32 Uhr
Ort, Raum: Beratungsraum 2, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Sitzungsteilnehmer:

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Martin Warning SPD

reguläre Mitglieder

Roland Schippmann	Träger der freien Jugendhilfe	
Phillip Bock	DIE LINKE.PARTEI	
Steffen Ohm	DIE LINKE.PARTEI	
Chris Günther	CDU/UFR	
Jahn Osterloh	CDU/UFR	
Reinhard Knisch	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Nicole Peter	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
René Eichhorn	Rostocker Bund / Freie Wähler	
Stefan Treichel	AfD	
Anke Baumann	Träger der freien Jugendhilfe	
Hanka Bobsin	Träger der freien Jugendhilfe	
Ira Leithoff	Träger der freien Jugendhilfe	
Lennart Pentzek	Träger der freien Jugendhilfe	Vertretung für: Frau Katrin Schankin
Nico Stroech	Träger der freien Jugendhilfe	Vertretung für: Frau Christina Fiedler

Verwaltung

Steffen Bockhahn	Senator für Jugend und Soziales, Gesundheit, Schule und Sport
Robert Pfeiffer	Amt für Jugend, Soziales und Asyl

Abwesende Mitglieder

reguläre Mitglieder

Christina Fiedler	Träger der freien Jugendhilfe	entschuldigt
Katrin Schankin	Träger der freien Jugendhilfe	entschuldigt

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Fragestunde für Kinder und Jugendliche
- 4 Genehmigung der Niederschriften
 - 4.1 Genehmigung der Niederschrift des JHA vom 27.08.2019
 - 4.2 Genehmigung der Niederschrift des UA JHPL vom 18.06.2019
- 5 Geschäftliche Mitteilungen
- 6 Berichte aus den Unterausschüssen und Beiräten
- 7 Berichte aus der Verwaltung
- 8 Austausch: Perspektive und Alternative zur geschlossenen Unterbringung
- 9 Anträge
 - 9.1 Martin Warning (Vorsitzender des JHA)
Wahl der stellv. Mitglieder des Unterausschusses Jugendhilfeplanung
Vorlage: 2019/AN/0319
- 10 Beschlussvorlagen
- 11 Informationsvorlagen
- 12 Anfragen
- 13 Verschiedenes

Protokoll:

(öffentlich)

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Warning, eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung. Die Sitzungsunterlagen wurden den Mitgliedern fristgerecht zugestellt. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Um 16:00 Uhr sind 15 Mitglieder anwesend.

Der Vorsitzende verpflichtet gemäß § 28 (2) KV M-V per Handschlag das stellv. Mitglied, Herrn

Stroeck, auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.

TOP 2 Änderung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird durch die Mitglieder einstimmig beschlossen.

TOP 3 Fragestunde für Kinder und Jugendliche

-

TOP 4 Genehmigung der Niederschriften

TOP 4.1 Genehmigung der Niederschrift des JHA vom 27.08.2019

Die Niederschrift wird durch die Mitglieder mit 14 Befürwortungen und 1 Enthaltung beschlossen.

TOP 4.2 Genehmigung der Niederschrift des UA JHPL vom 18.06.2019

Die Niederschrift wird durch die Mitglieder mit 12 Befürwortungen und 3 Enthaltungen beschlossen.

TOP 5 Geschäftliche Mitteilungen

Der Vorsitzende informiert die Mitglieder über die bereits erfolgte Tagung der Sozialpreis-Jury.

TOP 6 Berichte aus den Unterausschüssen und Beiräten

Der Vorsitzende des UA JHPL, Herr Ohm, informiert über die Inhalte der konstituierenden Sitzung des Ausschusses (Vorstellung, Perspektiven, Verständigung zur Sozialraumorientierung).

TOP 7 Berichte aus der Verwaltung

Die Verwaltung informiert die Mitglieder nachfolgend über das Treffen mit Staatssekretär Voss und die Verständigung zu den Punkten

- KiföG:

Es erfolgte eine Klarstellung, wie die Abrechnung funktionieren soll. Die realen Kosten im Folgejahr werden spitz abgerechnet anhand des Finanzhaushaltes zum 31.12. des Jahres mit einer Beteiligungsquote von 54,5 % seitens des Landes. Für eine konnexe Ausfinanzierung benötigt die HRO 58,3 %. Das Gesetz entspricht damit nicht den Konnexitätsgrundsätzen der Landesverfassung M-V (Art. 27). Die Verwaltung wird daher prüfen, Verfassungsbeschwerde einzulegen.

- 24-h-Kita

Das Land hat keine Regelungen zum Sonderfall der 24-h-Kita im neuen KiföG M-V getroffen. Dieses sind Leistungen, die über den gesetzlichen Rahmen hinausgehen und von der Entgeltfreiheit nicht berücksichtigt sind. Erfolgt hier eine Elternbeteiligung? Zu welchen Teilen? Oder wird alles entgeltfrei?

- 7. KiföG-Novelle

Sie wurde nicht genutzt, um die I-Kita mit ihren Leistungsinhalten zur Inklusion und der VN-Behindertenrechtskonvention voranzubringen. Es erfolgt keine systemische Finanzierung - die Bedarfe sind gesondert zu erfassen und zu planen.

- Kinder- und Jugendhilfefinanzierung - offene Kinder- und Jugendarbeit

Nach 2 Jahrzehnten gibt es für die HRO pro Jahr 3.500 € mehr vom Land. Bei einer Gesamtförderung von ca 7,5 Mio € ist das viel zu wenig.

Auf Nachfrage von Herrn Ohm zum Doppelhaushalt 2020/2021 informiert die Verwaltung, dass man nicht mehr im aktuellen Zeitplan liege und die Beschlussfassung des Haushaltes wahrscheinlich erst Anfang 2020 erfolgen wird. Man werde mit vorläufigen Bescheiden arbeiten. Neue Maßnahmen können nicht begonnen werden, bevor der Haushalt bestätigt ist. Ziel sei es, bis Oktober die ca. 45 Maßnahmen zur Beschlussfassung dem JHA vorzulegen, so dass die Träger bis Ende November ihre Bescheide erhalten. Auf Nachfrage von Herrn Knisch bzgl. Finanzierung der Elternbeiträge und eventueller Antragstellung durch die Eltern informiert die Verwaltung, dass dieses dann nur für die Verpflegung der Fall sei, es muss kein Antrag auf Kostenbefreiung mehr gestellt werden.

- KJFG soll auf Landesebene im Laufe des nächsten Jahres angepasst werden. Auch wurde auf Landesebene die AG Kinderschutz gegründet. Nach mehrfachen Tagungen entstand der Bericht im Entwurf, der den Jugendämtern bis zum 15.11.2019 zugeleitet wird

- ESF-Workshop wird anvisiert und Prüfergebnisse vorgestellt

- Produktionsschulen - EU sieht andere zukünftige Förderbedarfe, es wird perspektivisch weniger ESF-Mittel ab 2022 geben. Zur Stabilität der Finanzen muss das Land kontaktiert werden

- umA-Versorgungsstand: es befinden sich aktuell 75 umA, davon 10 Mädchen in der HRO

TOP 8 Austausch: Perspektive und Alternative zur geschlossenen Unterbringung
--

Die Verwaltung informiert, dass auf der Jugendamtsleitertagung intensiv zu dieser Thematik diskutiert wurde und von Seiten der Landesregierung keine Initiativen zu geschlossenen Einrichtungen geplant seien. Da einzelne Landkreise einen Bedarf für gegeben halten, wird der JHA um eine Haltung, ein Meinungsbild gebeten, die die Verwaltung für die nächste Beratung mitnehmen könne. Die Verwaltung vertritt die fachlich-inhaltliche Überzeugung, dass freiheitsentziehende Maßnahmen keine geeigneten pädagogischen Mittel sind. Seit Jahren wurden keine Kinder und Jugendlichen in geschlossenen Einrichtungen im In- und Ausland untergebracht. Man habe sich zum Ziel gesetzt, nicht mehr als 15 % der Kinder und Jugendlichen außerhalb von Rostock zu versorgen. Die integrierte Jugendhilfeplanung muss neu geschrieben werden, Qualitätsdialoge mit den Trägern der vollstationären Unterbringung müssen intensiviert werden. Eine Fallsteuerung geht nur vor Ort. Es erfolgt ein intensiver Meinungsaustausch. Herr Schippmann informiert, dass sich die Caritas immer gegen eine geschlossene Unterbringung ausgesprochen hat. Als Gesellschaft muss man mit diesen Jugendlichen einen entsprechenden Umgang finden und es aushalten, es darf kein Wegsperrn dieser Kinder und Jugendlichen geben. Herr Osterloh vertritt den Standpunkt, dass es keine Perspektive sein kann, in der Jugendhilfe überhaupt über geschlossene Unterbringungen nachzudenken. Geschlossene Unterbringungen in dieser Form sind Menschenrechtsverletzung. Bei Gefahr für Leib und Leben (Selbst- und Fremdgefährdung) müsse man sich Gedanken machen, alles andere muss man als Gesellschaft aushalten. Es müssen Alternativen entwickelt werden, auch präventive Auswertungen erfolgen, wie konnte es dazu kommen. Frau Baumann beschreibt die erlebte Hilflosigkeit von erwachsenen Fachkräften, gerade im Kinder- und Jugendnotdienst. Dieser sei das Auffangbecken für Kinder, die keiner mehr haben will. Auch sie

spricht sich gegen eine geschlossene Unterbringung aus und regt an, in der AG PG 3 das Thema mitzudenken, wenn es um stationäre Hilfen gehe. Herr Schmidt, beratendes Mitglied, weist darauf, dass ohne Lösung für die Kinder und Jugendlichen ggf. freiheitsentziehende Maßnahmen durch Polizei und Justiz stattfinden müssen. Der Vorsitzende bedankt sich bei allen für die intensive Diskussion. Es haben alle einen Eindruck von der Perspektive des anderen erhalten. Dieses Thema braucht auch Zeit und ein unaufgeregtes Diskussionsklima. Falls es Ideen oder Lösungsvorschläge zu dieser Thematik gibt, können sich die Mitglieder direkt an den Vorsitzenden oder den Amtsleiter wenden.

TOP 9 Anträge

TOP 9.1 Martin Warning (Vorsitzender des JHA) Wahl der stellv. Mitglieder des Unterausschusses Jugendhilfeplanung Vorlage: 2019/AN/0319

Herr Warning begründet seinen Antrag. Die stellvertretenden Mitglieder des UA JHPL werden benannt:

DIE LINKE.PARTEI

Monique Tannhäuser für Steffen Ohm
Gerit Losand-Gärber für Phillip Bock

Bündnis 90/Die Grünen

Nicole Peter für Reinhard Knisch

CDU/UFR

Jahn Osterloh für Manila Gast

SPD

Martin Warning für Barbara Cornelius

Rostocker Bund/Freie Wähler

Kathleen Eichhorn für Rene Eichhorn

Freier Träger

Lennart Pentzek für Katrin Schankin
Sören Clasen für Anke Baumann
Karl Felsch für Hanka Bobsin
Christoph Schultz für Ira Leithoff

Die Mitglieder sprechen sich einstimmig für die vorgeschlagenen Stellvertreter der Mitglieder des UA JHPL aus.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss wählt die stellv. Mitglieder des Unterausschusses Jugendhilfeplanung.

Abstimmung:

Dafür:	15
Dagegen:	-
Enthaltungen:	-

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

TOP 10 Beschlussvorlagen

-

TOP 11 Informationsvorlagen

-

TOP 12 Anfragen

-

TOP 13 Verschiedenes

Der Vorsitzende informiert über die Themenplanung für das nächste Jahr, über die im nächsten JHA zu beschließenden Sitzungstermine für 2020 sowie dass aufgrund von Bekanntmachungsmängel alle städtischen Satzungen nichtig sind und somit allen voran die Hauptsatzung (als Grundlage für die Bekanntmachung der übrigen Satzungen) erneut von der Bürgerschaft beschlossen werden muss. Für den JHA betrifft dieses die KiföG-Satzung und die Satzung des Jugendamtes.

Frau Bobsin bittet darum, dass im Vorfeld der nächsten Sitzung eine Belehrung zum Thema Befangenheit ausgesprochen werden sollte.